

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden
Nr. 1268, Roben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Post 5, Arbeiter, Ange-
hörige u. Familien, Post 1, Dresden,
Gebrüder Kröbber, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch ohne Erfolg höher bezahltes, bei der Verleger der Dresdner Volkszeitung seinen Ansuchen auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Wiederholung mit der höchsten Unterhaltungsbeilage „Reben-
sagen“, „Kunst“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der
Sonntag“ monatlich 3,40 M., einzeln 45 Pf. (Prinzipalabz.). Ohne
den „Sonntag“ 2 M., einzeln 25 Pf. (Prinzipalabz.). Postzusatz nur
am „Sonntag“ 1,95 M., auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Veröffentlichung: Dienstags 10. Bernauerstr. Nr. 25 261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsleiter: Bernauerstr. Nr. 25 261 u. 12 707.
Verlagsdirektor: Bernauerstr. Nr. 25 261 u. 12 707.
Telefon: Dresden, Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Kompositionsspalte 35 Pf., die
30 mm breite Werbespalte 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,00 M.,
abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Straßen- u.
Wiederholungen 20 Pf. netto. Für Kleinanzeigen 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 236

Dresden, Freitag, den 7. Oktober 1932

43. Jahrgang

Eugenbergs Schrei nach Wilhelm

Wapen soll Hochverrat vorbereiten

Die Erneuerung Deutschlands durch den nationalen Gedanken nimmt täglich blutigere Formen an. Täglich dresden Deutschnationale und Nazis einander, täglich liest man von Versammlungen der Eugenberger, die von den Nazis schände gesprengt wurden, tägliche Keilereien zwischen Soldates und Hitlers faschistischen Gardes. Atemlos flucht der Chronist hinter den Ereignissen drein. Der Kampf der Nazis um die Futtertrappe hat seinen Höhepunkt erreicht.

In Berlin hielt der Parteivorstand der Deutschnationalen gestern eine sogenannte Reichsführer-Versammlung ab. Eugenberger entwickelte programmatische Richtlinien. Er griff Hitler und die Nationalsozialisten heftig an, nannte sie Demagogen und gab einige Enthüllungen aus den Vorverhandlungen vor der Präsidentenwahl und vor dem Amtsantritt der Regierung Wapen zum besten. An diesen Enthüllungen zeigte sich, daß die Nazis zu jedem parlamentarischen Aufstand bereit waren, um den Kanzlerposten zu erlangen. Als deutschnationale Programmpunkte bezeichnete Eugenberger: Deutschland sei nicht in der Lage, seine privaten Auslandsschulden zu tragen, deshalb müsse durch einen autonomen Schritt der Regierung das Problem der Schuldentilgung angefaßt werden. Die Regierung müsse dann unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse auf dem Gebiete der Sozialpolitik „Reformarbeiten“ vornehmen — d. h. die Sozialpolitik abzubauen —, müsse die Landwirtschaft sanieren und die Wirtschaft befreien. Die Regierung dürfe nicht in einen Gang zum Kartieren mit dem Parlamentarismus verfallen, sie müsse vielmehr unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die Verfassungsreform lösen.

Diese reaktionären Wünsche der Eugenberger sind nicht neu. Originell wurde die Tagung lediglich dadurch, daß der Schildträger Eugenbergs, Dr. Quast, die Rede seines Herrn durch einen eigenen Speech abrundete und mit dem Satz endete:

„Die Wiederaufbauarbeit Deutschlands muß ihr letztes und größtes Ziel in der Wiederherstellung des Hohenzollernkaiseriums finden.“

Eugenberger und die Seinen erwarten also von der Regierung Wapen einen glatten Verfassungsbruch und die Vorbereitung zur Wiederherstellung der Monarchie. Man weiß, daß die Deutschnationalen monarchistisch sind, so deutlich haben sie aber die Habs seit langem nicht aus dem Saß gelassen. Das Geständnis dürfte vor allen Dingen im Ausland sehr interessieren, und wie es auf die Abrüstungsdebatte wirken wird, braucht nicht erörtert zu werden. Aber den Deutschnationalen ist ja an Abrüstung nichts gelegen, sie wollen Gründe für das Aufrüsten.

Auch in Süddeutschland wird der Schrei der Eugenberger nach den Hohenzollern allerhand gemischte Gefühle anlösen, denn man bedankt sich in Süddeutschland für eine Erneuerung der alten preussischen Vorherrschaft unter den Hohenzollern. Wie aber gedenken die Hohenzollernprinzen sich zur Sache zu stellen? Einige von ihnen hospitieren bei den Nazis. Der Kronprinz hatte sogar Hindenburg schmächtig verraten und bei der Präsidentenwahl die Parole für Hitler ausgegeben. Wilhelms Brüdern scheint also der monarchistische Gedanke bei Hitlers „Arbeiterpartei“ besser gewahrt als bei den Deutschnationalen!

Die arbeitenden Massen werden der deutschen Reaktion einen Strich durch die wilhelminische Rechnung machen. Die Volksmassen haben noch heute an der Fürstenanerkennung genug zu lauen. Wir haben die Tapferkeit dieser Herrschaften im Kriege und ihren Ekelmut, ihre Vaterlandsliebe, ihre Opferwilligkeit im Fürstentumsfindungskampfe kennengelernt.

Wie aber stellt sich die Volkspartei zu alledem? Sie ist heute mit Eugenberger verbündet — auf welchem Boden der gegebenen Tatsachen steht sie gegenwärtig in der monarchistischen Frage? Ach so, wir hatten vergessen, daß es die Volkspartei nicht mehr gibt. Wapen hat nichts hinter sich als 43 Deutschnationale, jene Partei der Schwerverdienenden, die seit zwei Jahren ununterbrochen geschlagen wurde. Aber nach Hitlers Wahlniederlage wird man sich mit dem braunen Faschismus wieder verständigen, und die Prinzen, Freiherren und Barone, die Monarchisten und die Faschisten werden nicht mehr schmerzhaft durch zwei Lager gerissen sein. rgt.

Rote Jugend marschiert

Zwei Jugendtreffen: Prag und Chemnitz

S. Zwei bedeutende Veranstaltungen haben unmittelbar vor Beginn des fünften Wahlkampfes dieses Jahres die Arbeit der sozialistischen Jugend stark in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Sozialistische Arbeiterjugend führt in der ersten Hälfte des Monats Oktober eine Reichsversammlung durch und aus Anlaß des Währigen Bestehens der Sozialistischen Jugend-Internationale findet in der gleichen Zeit eine Internationale Rote Jugendwoche statt. Am Schluß dieser Woche wird am 9. Oktober in Prag der vierte Kongress der Sozialistischen Jugend-Internationale eröffnet.

Beide Veranstaltungen dokumentieren die ungebrochene Lebenskraft der internationalen sozialistischen Jugendbewegung und widerlegen die törichte Behauptung der Gegner: die Sozialdemokratie sei eine sterbende Partei. Auf der Gründungskonferenz der Internationale in Stuttgart vertraten die Delegierten der sozialistischen Jugendverbände rund 50 000 Mitglieder. Das Sekretariat der Internationale berichtet jetzt, daß die Internationale am 31. Dezember 1931 mehr als 270 000 Mitglieder umfaßte. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind heute alle in der Welt bestehenden sozialistischen Jugendverbände der Sozialistischen Jugend-Internationale angeschlossen, und sie ist damit die bedeutendste und stärkste internationale Verbindung junger Arbeiter und Arbeiterinnen geworden. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder außerhalb Deutschlands übertrifft um ein Vielfaches die Zahl, die die kommunistische Jugend-Internationale selbst über die Stärke ihrer Mitgliederverbände ohne Ausland angibt.

Die erfreulichste Tatsache dieser Aufwärtsentwicklung besteht aber darin, daß sie in den schweren Krisenjahren seit 1929 nicht unterbrochen wurde, sondern sich weiter fortgesetzt hat. In den Jahren 1929 bis 1931 erhöhte sich die Mitgliederzahl der Sozialistischen Jugend-Internationale um mehr als 50 000. Diese Entwicklung hatte auch im Jahre 1932 angehalten, ein Beweis dafür, daß selbst Wirtschaftsnot und faschistische Reaktion die Kraft der Internationale nicht zu erschüttern vermögen.

Die Sozialistische Jugend-Internationale ist heute ein untrennbarer und wesentlicher Bestandteil der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie erfüllt die wichtige Aufgabe der Erfassung, Sammlung und Erziehung der arbeitenden Jugend im Sinne des internationalen Sozialismus, und sie führt damit der internationalen Arbeiterbewegung den lebensnotwendigen Nachwuchs für ihre entscheidungsvollen Kämpfe in Gegenwart und Zukunft zu. Das enge Vertrauensverhältnis zwischen jung und alt wird erneut unterstrichen durch den Umstand, daß in Prag führende Genossen der internationalen Arbeiterbewegung, wie Genosse Louis de Broekere und Genosse Friedrich Adler, die

Was kostet der Zwickel?

Selbst die Industrie verflucht ihn!

Zwickel hinten, Zwickel vorne — das Thema kommt nicht zur Ruhe. Bracht wollte die Sittlichkeit mit neuen Wadengängen anfordern und nun flucht unerwarteterweise sogar die Industrie! Die Frage, was der Wadengänger kostet, beantwortete im Berliner Tageblatt der Direktor der norddeutschen Textilweberei AG, Lübben, Erich Görig. Er stellt zunächst fest:

„Daß es wolle Wadengänge oder Wadengänge ohne Zwickel nie gegeben hat und betont, der Schaden, der durch die Entwertung der Lagerbestände in Deutschland bei Fabrikanten und beim Einzelhandel besteht, betrage mindestens acht Millionen Mark. Dieser Schaden werde noch erhöht durch eine Lohnsumme von schätzungsweise sechs Millionen Mark, die für etwa 10 000 Arbeiter nicht zur Auszahlung komme. Kein Fabrikant könne bei der scharfen Bewegung gegen den Ersatz heute disponieren. Zu alledem komme noch ein indirekter Verlust, der ebenfalls in die Millionen gehe und der dadurch entsteht, daß in unverwertbare Lagerbestände in manchen Fällen Anlaß zu Nachbestellungen geben. Der Schaden, den die bedeutendste Wadengangsabrik Preußens in Lübben, eine der größten Wadengangsabriken der Welt, bei einer Beibehaltung des Wadengangs-Wadenganges erleide, betrage allein etwa 800 000 M. In Lübben habe man bisher fast keine Arbeitslosen gekannt. Die Wadengangs-Verordnung werde der Stadt zum erstenmal Hungerbrut zu Arbeitslosen bringen.“

Wenn Bracht nicht einlenkt, wird der Wahlkampf unter der Parole stehen: Weg mit dem Zwickel! Jedoch bei allem Gelächter darf eine ernsthafte Frage nicht untergehen: Wer steht eigentlich hinter dieser Verordnung, wer sind die anonymen Väter oder Mütter des Zwickels, die die kommissarische Verwaltung beauftragt haben? Selten ist ein Polizeibürogriff in die Freiheitsrechte der Bevölkerung so einmütig aus allen Kreisen und aus allen Parteien abgelehnt worden, wie dies Defret der Polizei-

direktur. Es hat niemand den Mut, sich öffentlich dazu zu bekennen. Selbst die Bürokratie des Herrn Bracht hat verflucht, die Verantwortung von sich abzuwälzen und sie der Industrie zuzuschreiben — aber die Industrie hat solche Verlautbarungen sehr rasch dementiert und setzt sich sehr energisch dagegen zur Wehr, daß ihr die Vaterchaft zugeschrieben wird.

Wer ist es also, auf den diese Verordnung zurückgeht? Sind es die Kreise des evangelischen Oberkirchenrats? Oder hat die Verwaltung verzwickelte Schlussfolgerungen gezogen aus den Verdrängungen der Inassen eines evangelischen Stiftsadligers alter Jungferner? Wer könnte es sonst sein? Wo sitzen die geheimen Zirkel der Mäcker, die auf dem Umweg über die Polizei dem Volke ihr eigenes Mäckerium aufzwingen wollen? Wir glauben nicht, daß diesmal die Verantwortung den Kreisen des Herrenklubs zufällt, denn dort versteht man schließlich zu leben. Der Schleier der Anonymität muß gelüftet werden, denn schließlich wird man doch nicht glauben wollen, daß die Verordnung die ureigenste Erfindung des Herrn Bracht sei?

Heraus aus der Anonymität! Mehr Mut zur Wahrheit, mehr Mut zum Zwickel! Wer wagt es, sich laut und öffentlich zur Vaterchaft zu bekennen?

Eugenbergs Schmeiß raus! Aus Moskau wird berichtet: Der nationalsozialistische Abgeordnete des Mecklenburgischen Landtags, Stadtrat Holzmann, erklärte am Mittwochabend in einer öffentlichen Versammlung, daß die Nationalsozialistischen Berichterstatter bürgerlicher Zeitungen, vor allem deutschnationale, nicht mehr zu ihren öffentlichen Versammlungen zugelassen würden. Gatzburger Journalist raus!

Nach Scheitern der Konferenz

P. Paris, 7. Oktober. (Eig. Funk.) Der Beschluß der englischen Regierung, die von ihr vorgeschlagene Londoner Konferenz zur Verständigung über die deutschen Rüstungsforderungen zu vertagen, ist am Donnerstagabend vom Reichsminister Lord Lytton dem Ministerpräsidenten Herriot mitgeteilt worden, als dieser im Begriff war, die französische Antwort auf die englische Einladung abzuschicken. In einer Erklärung heißt es, daß die Unterhaltungen über den englischen Plan zwischen London und Paris trotzdem fortgesetzt würden.

Die Pariser Morgenpresse erklärt mit seltener Einstimmigkeit, daß die Schuld an dem Scheitern der Konferenz allein der Reichsregierung zufalle, die für ihre Beteiligung unannehmbare Vorbedingungen gestellt habe. Nur Bertinax meint im Echo de Paris, daß „der Mordblick und der Widerstand des Ministerpräsidenten der beherrschende Zug der letzten Tage waren“.

Die gesamte Presse begrüßt das Scheitern der Konferenz und gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß das Abrüstungsproblem nun an dem Ort weiterbehandelt werde, wo es normalerweise hingehöre, nämlich auf der Genfer Konferenz, an der alle Staaten teilnehmen könnten.

Die Barone Wapen-Neurath haben Deutschland freilich von der Teilnahme an der Abrüstungskonferenz abgesperrt.